wahlkreis-**rundschau** 1/2016

Rainer Arnold Mitglied des Deutschen Bundestages

Nürtingen, Juli 2016

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit der letzten Wahlkreis-Rundschau im letzten Dezember ist nun schon einige Zeit vergangen. Viel ist seitdem passiert: In Europa, in Berlin, in Baden-Württemberg, im Wahlkreis Nürtingen.

Alles überschattet haben sicherlich die zahlreichen Anschläge und Terrorakte, in Frankreich und in Belgien, aber auch weltweit in Istanbul, in Bagdad, in Dhaka (Bangladesch). Wir alle trauern mit den Familien der Opfer. Jeder Terroranschlag, egal wo er passiert, ist ein Angriff auf die Freiheit und das Leben. Jeder Anschlag ist ein Versuch, Menschen gegeneinander aufzubringen und Angst und Schrecken zu verbreiten. Überall richtet sich der Terror gegen ein friedliches Zusammenleben, gegen eine freie Gesellschaft und gegen einen toleranten zwischenmenschlichen Umgang. Dagegen müssen wir uns entschieden wehren und die richtigen politischen Antworten finden. Einerseits mit einer klaren und auch wehrhaften Politik gegen den sogenannten „Islamischen Staat" und andere islamistischen Terrororganisationen, im äußeren wie im inneren. Aber auch ein wehrhafter Umgang mit Demagogen und Rechtspopulisten, die solche Taten für ihre Zwecke nutzen. Andererseits, indem wir uns nicht von Angst und Ressentiments übermannen lassen, denn das ist genau das, was Terroristen und Hetzer wollen.

Auch die Sicherheitslage auf der Welt und damit zusammenhängend die Situation der Flüchtlinge ist ein Thema, welches in den letzten Monaten aktuell geblieben ist. Mit dem Türkeiabkommen, Verhandlungen in der Europäischen Union, der Ausweitung der Ausbildungsmission in Mali und den außenpolitischen Bemühungen zur Befriedung der Konflikte im Nahen Osten haben wir Fortschritte zur Lösung dieser zusammenhängenden Probleme gemacht. Die Situation der Flüchtlinge in Griechenland und Italien sowie der weiterhin grassierende Konflikt in Syrien und Libyen zeigen aber, dass uns noch ein langer Weg bevor steht, um Fluchtursachen zu bekämpfen und in Europa zu einem gerechten und verantwortlichen Umgang mit geflüchteten Menschen zu kommen.

Die Bundeswehr ist dabei weiterhin einer der Grundpfeiler der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands. Im Lichte der in den letzten Jahren aufgetretenen Konflikte wird klar, dass sich das Aufgabenprofil und die Einsatzbelastung des Bundesheeres grundlegend verändert haben. Betrachtet man sich die derzeitige Verfassung der Bundeswehr, so wird deutlich, dass es eklatante Mängel bei Ausrüstung, Infrastruktur und Personalwesen gibt, die durch die unausgereifte und überhastete Bundeswehrreform 2011 entstanden sind. Mit den zahlreichen Auslandseinsätzen und internationalen Verpflichtungen arbeitet die Truppe schon seit geraumer Zeit über Ihrer Belastungsgrenze. Es ist den Soldatinnen

und Soldaten sowie den zivilen Mitarbeitern der Bundeswehr mit herausragendem Einsatz und großem Engagement auch über den Dienstsoll hinaus zu verdanken, dass bis dato alle Aufgaben erfüllt worden sind. Mit der Aufstockung des Wehretats geht die Bundesregierung in die richtige Richtung. Dieses Geld muss jedoch gut eingesetzt werden. Eine Personal- und Ausstattungspolitik mit der Gießkanne wird den erhöhten Anforderungen an die Bundeswehr und den Bedürfnissen der Soldatinnen und Soldaten nicht gerecht.

Ein Paukenschlag für die Europäische Union war die negativ beschiedene Abstimmung in Großbritannien über den Verbleib in der EU. Die Entscheidung der britischen Bevölkerung ist eindeutig. Jetzt ist es wichtig, in einem geordneten Prozess schnell Klarheit zu schaffen. Großbritannien wird weiterhin ein wichtiger Partner für die europäische Union bleiben, klar ist aber auch, dass ein Austritt nicht mit Sonderkonditionen verbunden sein kann. Neben den Verhandlungen mit Großbritannien muss auch über die Zukunft der EU nachgedacht werden. Für die SPD ist klar, dass wir gerade in dieser Situation mehr und nicht weniger Europa brauchen. Das haben auch Sigmar Gabriel und Martin Schulz in ihrem Aufruf „Aufbruch, jetzt!" für ein soziales Europa klar gemacht. Vor allem auch für die Zukunft der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im europäischen Rahmen, die vor riesigen Herausforderungen steht, hat diese Entscheidung große Konsequenzen. Ein Interview von mir und den Beitrag von Sigmar und Martin zu diesem Thema findet ihr in der Link-Rubrik der wahlkreis-rundschau.

Auf SPD-Ebene liegt uns vor allem das katastrophale Ergebnis bei den Landtagswahlen im März dieses Jahres noch schwer auf dem Herzen. Deshalb freut es mich umso mehr, dass nicht nur Wolfgang Drexler im Landtagswahlkreis Esslingen sein Mandat verteidigen konnte, sondern dass mit Andreas Kenner im Wahlkreis Kirchheim ein neuer Abgeordneter für die SPD in den Landtag eingezogen ist. Trotz dieser Lichtblicke müssen wir uns nun daran machen, diesen historischen Verlust aufzuarbeiten.

Auch auf Bundesebene sehen wir uns als SPD mit einem ähnlichen Problem konfrontiert: Obwohl wir sehr gute Regierungsarbeit leisten und die Koalition eine klar sozialdemokratische Handschrift trägt, befinden wir uns in einem nie dagewesenen Umfragetief. Mit der „Wertekonferenz Gerechtigkeit" haben wir im Mai deshalb mit der Arbeit am Wahlprogramm 2017 begonnen. Die Konferenz war Auftakt eines intensiven Dialogs über soziale Gerechtigkeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Fachleuten und der gesamten Partei. Auch der Parteikonvent 2016 mit seinen Beschlüssen ist essentieller Bestandteil dieses Weges. Wichtig ist, dass wieder die sozialdemokratische Inhalte und Erfolge im Mittelpunkt stehen. Die Ergebnisse der letzten Wahlen zeigen, dass unserer Partei massiv an Vertrauen verloren hat. Dieses Vertrauen darin, dass die SPD für ein soziales und gerechtes Deutschland steht, müssen wir wieder zurückgewinnen. Eine offene und ehrliche Diskussion ist notwendig. Dabei helfen uns aber keine endlosen Personaldebatten weiter.

Für gerechte Behandlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sorgen die neuen Regelungen zur Leiharbeit und Werkverträgen, auf die wir uns im Koalitionsausschuss geeinigt haben. Die wichtigsten Fakten zum geplanten Gesetz findet ihr weiter unten.

Zu diesen und weiteren bundespolitischen Themen wie der EEG-Novelle und der Reform des Sexualstrafrechts findet ihr Informationen in der neuen wahlkreis-rundschau, genauso zu meinen Aktivitäten im Wahlkreis und zu anstehenden Terminen und Veranstaltungen.
Ich wünsche Euch viel Vergnügen bei der Lektüre und
eine erholsame und ruhige Zeit in den Sommerferien.

Euer

Neue Regeln für Werkverträge und Leiharbeit

Nach langer Verzögerung, vor allem durch den Widerstand der CSU, ist es nun gelungen, ein weiteres Versprechen aus dem Koalitionsvertrag durch den Koalitionsausschuss und ins Bundeskabinett zu bringen. Mit der Neuregelung von Werkverträgen und Leiharbeit schieben wir dem Missbrauch dieser Arbeitsmarktinstrumente einen Riegel vor.

Dabei ist eines klar: Natürlich brauchen wir Werkverträge und Arbeitnehmerüberlassungen. Wenn sie verantwortlich und rechtmäßig eingesetzt werden, sind sie wichtige Werkzeuge für Unternehmen, die unseren Arbeitsmarkt flexibler machen, Arbeitsplätze erhalten und auf Zeit zusätzliche Beschäftigung schaffen.

Selbstverständlich muss aber auch sein, dass dort, wo dieser Regelungen missbräuchlich genutzt werden, um Druck auf Arbeitsbedingungen und Löhne zu machen, wo sie Stammarbeitsplätze gefährden, eine klare Grenzlinie gezogen werden muss. Werkverträge und Leiharbeit sind nicht dazu da, um Stammbelegschaften los zu werden oder endlose Zeitarbeit ohne Lohnsteigerungen und Aufstiegsperspektive zu ermöglichen. Deshalb schaffen wir klare gesetzliche Mindeststandards für die Leiharbeit und ermöglichen Flexibilität gegen Sicherheit durch Vereinbarungen der Sozialpartner.

Bei der Leiharbeit dürfen Leiharbeiter längstens 18 Monate einem Betrieb überlassen werden. Um Lohndumping entgegen zu wirken sollen Leiharbeiter nach neun Monaten den gleichen Lohn bekommen wie die Stammbelegschaft. Zudem schließen wir mit dem kommenden Gesetz aus, dass Leiharbeiter bei Streiks die Aufgaben der Streikenden übernehmen. So können Arbeitgeber Leiharbeiter nicht als Streikbrecher einsetzen. Dennoch geben wir den Sozialpartnern Spielraum, durch Tarif – also im Einverständnis mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern – von den Grundregeln für die Überlassungshöchstdauer und „Equal Pay" abzuweichen, wo dies unter den speziellen Bedingungen vor Ort sinnvoll und gewollt ist. Doch auch hier gibt es feste Obergrenzen.

Um den Missbrauch von Werkverträgen zur Ersetzung der Stammbelegschaft zu verhindern, verankern wir die Kriterien für die Abgrenzung zu normalen Arbeitsverhältnissen in einem Gesetz. Außerdem verpflichten wir die Arbeitgeber dazu, künftig den Betriebsrat zwingend über Werkverträge zu informieren.

Endlich heißt Nein auch wirklich Nein – Reform des Sexualstrafrechts

Im Bundestag haben wir eine Reform des Sexualstrafrechts beschlossen, die unter anderem den Grundsatz „Nein heißt Nein" im deutschen Recht verankert. Damit wird auch die so genannte Istanbul-Konvention des Europarates in deutsches Recht umgesetzt. Künftig wird jede Form der nicht einvernehmlichen sexuellen Handlung unter Strafe gestellt. Das

ist ein Paradigmenwechsel im Sexualstrafrecht, der aus unserer Sicht nötig und überfällig war.

Nach mehrmonatigem Ringen innerhalb der Regierung und zwischen den Bundestagsfraktionen wurden die Ausweitungen und Verschärfungen im Sexualstrafrecht im Strafgesetzbuch beschlossen. Dank eines umfangreichen Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU/CSU zum Gesetzentwurf der Bundesregierung wird das sexuelle Selbstbestimmungsrecht im Strafrecht umfassend zur Geltung gebracht.

Die jetzige Änderung kann man als historischen Paradigmenwechsel bezeichnen. Wir schließen mit der Gesetzesänderung Lücken im geltenden Strafrecht und kommen dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach, sexuelle Handlungen gegen den Willen einer Person grundsätzlich unter Strafe zu stellen. Dass viele Fälle, die nach dem Strafempfinden der Bevölkerung bestrafungswürdig, nach aktueller Rechtslage aber nicht strafbar sind, ruft zu Recht großes Unverständnis hervor. Mit der Reform schließen wir derartige Lücken.

Nach dem Grundsatz "Nein heißt Nein" wird künftig jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe gestellt. Damit wird eine alte Forderung der Frauenbewegung und Opferverbänden erfüllt. Danach macht sich strafbar, „wer gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person sexuelle Handlungen an dieser Person vornimmt“. Ob verbal oder nonverbal durch schlüssiges Handeln ausgedrückt, ein erkennbares „Nein“ reicht künftig aus. Nach bisheriger Rechtslage ist die Strafbarkeit davon abhängig, dass der Täter sein Opfer nötigt, Gewalt anwendet oder eine schutzlose Lage des Opfers ausnutzt. Eine lediglich verbale Ablehnung sexueller Handlungen durch das potenzielle Opfer reichte nicht aus.

Mit dieser Gesetzesänderung wird Deutschland auch dem Übereinkommen des Europarats „zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ vom 11. Mai 2011 gerecht. Darauf haben die Abgeordneten in unserer Fraktion schon seit Jahren hin gedrängt. Diese sogenannte Istanbul-Konvention, die von Deutschland gezeichnet wurde, verlangt, jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe zu stellen. Einer Ratifizierung der Konvention steht nach der Reform des Sexualstrafrechts nichts mehr im Wege.

Der dafür neu eingeführte Grundtatbestand des "sexuellen Übergriffs" bei entgegenstehendem Willen soll mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis fünf Jahren bestraft werden. Gleichzeitig bleibt auch „Vergewaltigung“ als Delikt erhalten, als besonders schwerer Fall der sexuellen Nötigung, bei der der Täter zum Beispiel den Beischlaf gegen den Willen des Opfers vollzieht. Hier beträgt die Mindeststrafe wie bisher zwei Jahre.

Zudem wurden mit der Reform darüber hinaus zwei neue Tatbestände im Strafrecht aufgenommen. Der Straftatbestand "Sexuelle Belästigung" richtet sich gegen "Grapscher". Eine sexuelle Belästigung liegt nach der Gesetzesreform dann vor, wenn jemand „eine andere Person in sexuell bestimmter Weise berührt und dadurch belästigt“. Das Delikt kann mit Haft bis zwei Jahren oder Geldstrafe sanktioniert werden. Bisher war selbst ein Griff an

die weibliche Brust oder in den Schritt oft straflos, wenn er über der Kleidung erfolgte. Künftig kommt es darauf nicht mehr an.

Das Delikt „Straftat aus Gruppen" ist auf Drängen der Unionsfraktion in den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen aufgenommen worden. Aus Sicht der SPD-Fraktion hätten die Regelungen des noch geltenden Rechts ausgereicht, denn die Beihilfe zu Sexualstraftaten ist heute bereits strafbar und die gemeinschaftliche Begehung wirkt sogar strafverschärfend.

Insgesamt ist das Gesetz ein entscheidender Schritt zur Stärkung des sexuellen Selbstbestimmungsrechts. Eine Modernisierung des Sexualstrafrechts wurde lange diskutiert, die SPD-Fraktion hatte sich immer für den Grundsatz „Nein heißt Nein" eingesetzt. Erst durch die Ereignisse der Silvesternacht in Köln kam eine gesellschaftliche Debatte in Gang, die nun auch innerhalb der Unionsfraktion zu einem Umdenken geführt hat. Wer sich über ein „Nein!" zu einer sexuellen Handlung hinwegsetzt, wird jetzt endlich konsequent bestraft.

EEG-Novelle – den Ausbau planvoll vorantreiben

In der letzten Sitzungswoche haben wir die Novelle Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschlossen. Damit soll die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien fortgesetzt und ihre Weiterentwicklung für alle Akteure verlässlich gestaltet werden. In der aktuellen Novelle geht es darum, die Kostendynamik zu durchbrechen, den Ausbau der erneuerbaren Energien planvoll voranzutreiben und sie weiter an den Markt heranzuführen.

Die Novellierung des EEG ist dabei durch zwei Kernvorhaben geprägt. Zum einen soll die Einspeisevergütung für Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen zukünftig wettbewerblich im Rahmen von Ausschreibungen ermittelt werden. Um die Akteursvielfalt zu erhalten, wird für so genannte Bürgerenergiegesellschaften die Teilnahme an Ausschreibungen für Onshore-Windprojekte erleichtert.

Zum anderen erfolgt durch die Ausschreibungen eine Mengensteuerung, um den Ausbau der Erneuerbare-Energien-Anlagen stärker mit dem Netzausbau zu synchronisieren. Auf der Grundlage eines novellierten Referenzertragsmodells sollen zukünftig die weniger windhäufigen, aber wirtschaftlich ertragreichen Standorte mit Blick auf die Ertragssituation eine vergleichbar hohe Prämie erhalten wie Anlagen an windreichen Standorten. Damit sollen der Ausbau gleichmäßiger im Bundesgebiet verteilt und die Übertragungsnetze entlastet werden.

Außerdem wird der Ausbaukorridor von Wind-Onshore-Anlagen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und im Norden von Hessen auf 58 Prozent des bundesweiten Zubaus der Jahre 2013 bis 2015 reduziert, um die Ausbaugeschwindigkeit in Netzengpassgebieten zu reduzieren und die Übertragungsnetze zu entlasten. Insbesondere der Ausbau von Wind-Onshore in den windstarken Gegenden im Norden hat dazu geführt, dass der Ausbau weit über dem Korridor von 2500 Megawatt pro Jahr lag.

Ein verlässlicher, planbarer Ausbau der erneuerbaren Energien ohne negative Kostenspirale für Verbraucher und Unternehmen – diese wichtigen Ziele haben wir mit der SPD-Fraktion erreicht.

In Zukunft geht der Ausbau der erneuerbaren Energien Hand in Hand mit dem Ausbau der Stromnetze. Denn Strom zu produzieren, der nicht beim Kunden ankommen kann, verursacht vor allem eines: Sinnlose Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Künftig tragen Ausschreibungsverfahren zur besseren Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren bei. Gleichzeitig sorgen sinnvolle Ausbaukorridore für eine nachhaltige Förderung erneuerbarer Energien.

Ein wichtiger Erfolg ist zudem, dass wir eine Regelung durchgesetzt haben, die Bürgerenergiegesellschaften besser stellt als große Unternehmen. Sie müssen für ihre Teilnahme an den Ausschreibungen keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung vorlegen und sparen sich damit die hohen Vorlaufkosten.

Mit der Reform des EEG und anderer energiepolitischer Gesetze haben wir in den zurückliegenden Monaten ein hochkomplexes, für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes enorm wichtiges Mammutprojekt zu einem erfolgreichen Ende geführt. Ich finde, angesichts der Vielzahl von Einzelinteressen ist das eine Leistung, auf die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz sein können. Bei einem so großen und wichtigen Projekt ist es wichtig, dass immer wieder geprüft wird, ob die Regelungen und Auswirkungen der Gesetze das angestrebte Ziel unterstützten und im Zweifelsfall sinnvoll nachzusteuern. Das wird mit der beschlossenen EEG-Novelle erreicht.

Flüchtlingen helfen – in der EU und in Deutschland

Auch weiterhin ist die Flüchtlingssituation eine Herausforderung für die Europäische Union und für Deutschland. Auch wenn die Flüchtlingszahlen in den ersten Monaten des Jahres signifikant gesunken sind und weit weniger Menschen nach Deutschland gekommen sind als im Vorjahr, bleibt die Situation angespannt. Unsere Aufgabe ist es nun, denjenigen, die asylberechtigt sind, eine Perspektive in Deutschland zu geben und sie nachhaltig zu integrieren. Andererseits gehört auch dazu, diejenigen, die nicht asylberechtigt sind, konsequent zurück zu führen. Weiterhin gilt auch, dass es einer gemeinsamen Anstrengung in der Europäischen Union bedarf, um der Situation gerecht zu werden. Auch wenn es Fortschritte auf gesamteuropäischer Ebene gab, würde ich mir immer noch mehr Solidarität einzelner Mitgliedsstaaten wünschen, um diese gemeinsame Aufgabe zu meistern. Von Januar bis Ende Mai sind erneut 200.000 Flüchtlinge in Italien und Griechenland angekommen, 2500 Menschen sind beim Versuch der Überquerung des Mittelmeers ums Leben gekommen. Was nicht passieren darf, ist eine reine Verlagerung des Problems. Deswegen müssen Maßnahmen auf allen Ebenen – nationaler, europäischer und internationaler – getroffen und weiter geführt werden.

Auf europäischer Ebene haben wir die Bemühungen verstärkt, die Außengrenzen zu kontrollieren und Schlepperbanden das Handwerk legen. Deutschland hat seine personelle Unterstützung der EU-Grenzschutzagentur Frontex bereits verstärkt. Außerdem verhandelt die EU mit der Türkei über eine Unterstützung bei der Sicherung der europäischen Außengrenze. Nach dem EU-Türkei-Abkommen werden ab 20. März 2016 irregulär über die Ägäis eingereiste Personen wieder in die Türkei zurückgeführt. Der Anspruch auf eine individuelle Prüfung eines Asylgesuchs bleibt dabei gewahrt. Um die Seenotrettung von Flüchtlingen im Mittelmeer besser zu organisieren, wird die EU-Mission EUNAVFOR mit deutscher Beteiligung fortgesetzt. Außerdem beteiligt sich Deutschland an der EU-Mission gegen Schlepper im Mittelmeer. Dort darf die Bundeswehr künftig gezielt gegen Menschenschmuggel vorgehen und auch Boote von Schleusern zerstören. Ziel ist es, die Bewegungsfreiheit der Schleuser einzuschränken und eine abschreckende Wirkung zu entfalten. Um das menschenverachtende Schlepperwesen zu unterbinden, wurde im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens für syrische Flüchtlinge eine „1:1-Regelung" vereinbart. Für jeden syrischen Flüchtling, der aus Griechenland in die Türkei zurückgeführt wird, erfolgt im Gegenzug die Aufnahme eines anderen syrischen Flüchtlings. Die Auswahl erfolgt dabei unter Berücksichtigung der besonderen Schutzbedürftigkeit. Ein zusätzliches Mittel sind Flüchtlingskontingente. Mit Kontingenten für Bürgerkriegsflüchtlinge ermöglichen wir es auch Frauen und Kindern, sicher zu uns zu kommen. Zugleich können wir besser kontrollieren, wer nach Deutschland einreist. Wir wollen diese Kontingente ermöglichen und erwarten im Gegenzug von der Türkei Unterstützung bei der Sicherung der europäischen Außengrenze. Als Startpunkt für ein neues EU-Asylsystem werden an den Außengrenzen der EU in Italien und Griechenland sogenannte Hotspots aufgebaut. Dort sollten alle Flüchtlinge, die in die EU einreisen, erkennungsdienstlich erfasst und registriert werden. Später sollen über diese Hotspots Flüchtlinge in die EU verteilt werden. Meines Erachtens ist es besonders wichtig, dass bei der Verteilung endlich ein solidarisches und nachhaltiges System gefunden wird, an dem sich alle Staaten der Europäischen Union beteiligen.

Neben den Maßnahmen, die im ersten Asylpaket im letzten Oktober beschlossen worden sind, haben wir im Bundestag im Februar einen zweiten Maßnahmenkatalog verabschiedet, um mehr Ordnung und Steuerung in die Aufnahme und das gesamte Asylverfahren zu bringen. Damit soll der Prozess beschleunigt und entzerrt werden. Voraussetzung für eine gute Flüchtlings- und Asylpolitik sind ein kontrollierter Zuzug von Asylbewerbern und schnelle Asylverfahren. Nur, wenn wir wissen, wer zu uns kommt, können wir die Menschen gut betreuen und unterbringen. Und nur, wenn die Asylverfahren schnell entschieden werden, kann auch die Integration schnell beginnen – oder im Falle einer Ablehnung die Rückführung in die Heimatländer erfolgen. Seit diesem Januar erhalten alle Asylsuchenden zur Registrierung künftig einen Ausweis. Dieser ist Voraussetzung, um einen Asylantrag und Anspruch auf Leistungen stellen zu können. Die für Verfahren erforderlichen Daten werden bei der Registrierung in einer Datenbank erfasst und stehen danach allen beteiligten Behörden zur Verfügung. Ebenso erhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nochmals zusätzliche 2.700 Planstellen und 1.000 temporär Beschäftigte. Um schneller die wirklich Schutzbedürftigen zu identifizieren, wurden darüber hinaus Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten eingestuft. Der Bund ist verpflichtet, alle zwei Jahre einen Bericht über die Lage in den betreffenden Staaten vorzulegen. Der Bundestag hat im Mai 2016 beschlossen, dass auch Marokko, Algerien und Tunesien

ebenfalls als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung werden in besonderen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht, in denen die Asylverfahren in rund drei Wochen abgeschlossen sein sollen. Diese Regelung betrifft u.a. Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, Folgeantragsteller oder solche, die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken.
Mit verschiedenen Maßnahmen stärken wir auch die Grenzsicherung und die innere Sicherheit Deutschlands. So bekommt die Bundespolizei als ersten Schritt in den kommenden drei Jahren zusätzlich 3.000 Stellen. Für uns ist klar: Wir brauchen staatliche Sicherheitsbehörden, die personell und technisch mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet sind. Nur ein handlungsfähiger Staat kann die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Die SPD hat deshalb in der Großen Koalition bereits 3.000 zusätzliche Stellen für die Bundespolizei durchgesetzt. Wir fordern darüber hinaus Bund und Länder auf, die Personaldecke der Polizei bis 2019 massiv um insgesamt 12.000 neue Stellen zu verstärken. Und zwar um 6.000 bei der Landespolizei, und um 6.000 bei der Bundespolizei, also um 3.000 mehr Stellen, als wir bisher beschlossen haben. Zu letzterem kann sich unser Koalitionspartner bisher noch nicht durchringen. Zudem haben wir die gesetzliche Schwelle zur Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern bereits zum 1. Januar 2016 so abgesenkt, dass diese schon ab einer Freiheitsstrafe von einem Jahr ausgewiesen werden können. Das dient vor allem auch jenen Menschen, die zu uns kommen und sich an Recht und Gesetz halten.

Einen Grundstein für die nachhaltige Integration von geflüchteten Menschen haben wir mit dem Integrationsgesetz gelegt. Mit ihm werden zum ersten Mal in unserer Geschichte klare und verbindliche Regeln für die Integration geschaffen. Menschen, die in unser Land kommen und Schutz suchen, wollen wir eine gute Chance geben, schnell auf eigenen Beinen zu stehen. Das ist ein Schritt hin zu einem Einwanderungsgesetz, welches wir immer noch für mehr als notwendig halten. Die SPD hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass Pflichten und Rechte hierbei im Einklang miteinander stehen. Mit dem Gesetz wird der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende deutlich vereinfacht. Die Vorrangprüfung in Bezirken mit guter Arbeitsmarktlage wird befristet ausgesetzt. Asylsuchende können dort künftig eingestellt werden, ohne dass vorher umständlich geprüft werden muss, ob hierfür auch Einheimische zur Verfügung stehen. Darüber hinaus erleichtern wir den Zugang zu Ausbildungsförderung und schaffen mehr Rechtsicherheit bei der Berufsausbildung. Wir haben durchgesetzt, dass geduldete Auszubildende künftig eine Duldung für die Gesamtdauer ihrer Ausbildung erhalten. Für eine sich an die Ausbildung anschließende Beschäftigung wird ein Aufenthaltsrecht für zwei Jahre erteilt („3+2 - Regelung"). Die bislang geltende Altersgrenze von 21 Jahren wird aufgehoben.

Die Angebote zum Spracherwerb werden nochmals deutlich ausgeweitet und Wartezeiten verkürzt. Im Gegenzug fordert das Integrationsgesetz von Asylsuchenden das Erlernen der deutschen Sprache und eine aktive Teilnahme an den angebotenen Kursen ein. Anstrengung wird belohnt: Wer bei Spracherwerb und Integration großes Engagement zeigt, kann bereits nach drei Jahren ein unbefristetes Niederlassungsrecht erhalten.

Auf Wunsch der Bundesländer sieht der Gesetzentwurf die befristete Einführung einer Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende vor, um deren Verteilung

auf Gemeinden und Städte besser steuern zu können. Damit soll verhindert werden, dass soziale Brennpunkte entstehen. Die SPD hat darauf geachtet, dass die Wohnsitzauflage nicht einer raschen Eingliederung in den Arbeitsmarkt entgegensteht. Sie wird daher für diejenigen ausgesetzt, die eine Ausbildung oder Arbeit finden, selbst wenn das Einkommen noch nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts einer ganzen Familie ausreicht.
Das Integrationsgesetz ist ein erster wesentlicher Schritt, um Einwanderung und Integration einen klaren rechtlichen Rahmen zu geben. Der zweite Schritt muss nun folgen: ein Einwanderungsgesetz, mit dem gezielt die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte in unser Land gesteuert wird.

Fluchtursachen bekämpfen

Die Flüchtlingssituation ist eine mehrdimensionale Problemstellung, die alle Politikebenen betrifft. Neben den innenpolitischen und europäischen Maßnahmen arbeiten wir auch daran, dass sich die Situation in Krisenregionen verbessert und Konflikte befriedet werden. Ende 2015 waren 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. So eine große Zahl wurde vom UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) noch nie verzeichnet. Es ist wahrscheinlich, dass es inzwischen sogar noch mehr sind. Das Ausmaß dieser humanitären Tragödie ist schwer fassbar. Hinter diesen riesigen Zahlen stehen Menschen und Familien, die großes Leid und unmenschliche Entbehrungen durchleben.

Dass es auf der internationalen Ebene keine kurzfristigen, schnellen Lösungen gibt, ist klar. Dennoch setzen wir uns mit Nachdruck auf verschiedenen Ebenen dafür ein, dass mittel- und langfristig die Ursachen von Vertreibung und Flucht behoben werden. Auf diplomatischer Ebene setzt sich unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier dafür ein, den syrischen Bürgerkrieg befrieden. Denn ohne Frieden in Syrien werden auch die Flüchtlingsströme in dieser Region nicht abnehmen. Dazu wurde auf der Wiener Konferenz im November ein politischer Prozess angestoßen, der von der Bundesregierung maßgeblich unterstützt wird.

Um die Flüchtlinge in Syrien und in den Nachbarländern vor Ort besser zu versorgen, stellt Deutschland 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung. Auf internationalen Geberkonferenzen hat Außenminister Steinmeier außerdem erreicht, dass auch andere Länder ihre humanitäre Hilfe aufgestockt haben. Die internationale Gemeinschaft hat im Februar 2016 in London eine Erhöhung der Hilfsgelder um insgesamt 9 Mrd. Euro bis 2020 zugesagt. Deutschland wird sich daran mit insgesamt 2,3 Mrd. Euro beteiligen.

Auch die Entwicklungszusammenarbeit ist eine wichtige Säule zur Stabilisierung der Nachbarländer Syriens. Damit die Flüchtlinge in den Nachbarländern Syriens eine langfristige Perspektive haben, investieren wir in diesem Jahr deutlich mehr in die Entwicklungshilfe, zum Beispiel um in den Flüchtlingscamps allen Flüchtlingen eine Schulbildung zu ermöglichen. Insgesamt stehen im Bundeshaushalt 2016 für besondere Maßnahmen der Entwicklungshilfe zur langfristigen Reduzierung von Fluchtursachen 700 Mio. Euro bereit. Die EU

und ihre Mitgliedstaaten stellen außerdem 3 Mrd. Euro für die Türkei zur Verfügung, damit sie die Flüchtlinge in ihrem eigenen Land besser versorgen kann.

Wie in der letzten wahlkreis-rundschau schon erwähnt, gehört zur Bekämpfung der Fluchtursachen auch der Einsatz der Bundeswehr in Syrien. Seit Januar unterstützen wir die Bekämpfung des IS mit Aufklärungs- und logistischen Unterstützungsleistungen. An den bisher angestoßenen und umgesetzten Maßnahmen sieht man eindeutig, dass der politische Prozess im Vordergrund steht. Unser Außenminister drängt weiterhin auf eine politische Lösung dieser Konflikte. Das militärische Engagement ist und bleibt in den politischen Prozess integriert.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Auch die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes in Mali ist Teil der Bemühungen, die Perspektiven und Verhältnisse in den Herkunftsländern von flüchtenden Menschen zu verbessern und Terrororganisationen den Nährboden zu entziehen. Dabei nimmt die Bundeswehr in Mali an zwei Missionen Teil.

Im Februar haben wir im Bundestag zugestimmt, den Bundeswehreinsatz in Mali zu erweitern. Auf Bitte der Vereinten Nationen wurde die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) ausgeweitet. Von Februar 2016 an wird eine verstärkte gemischte Aufklärungskompanie, Objektschutzkräfte und erforderliche Einsatz-, Logistik-, Sanitäts- sowie Führungsunterstützungskräfte gestellt. Dafür wurde die Mandatsobergrenze von 150 auf 650 Soldatinnen und Soldaten erhöht. Auch der deutsche Personalanteil in den Stäben der Mission in der Hauptstadt Bamako und im Norden Malis, in Gao, wurde erhöht. Zu den Kernaufgaben der Mission soll es gehören, Waffenruhe, vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Konfliktparteien sowie das Friedensabkommen abzusichern. Das neue Mandat umfasst insgesamt eine Obergrenze von maximal 650 einsetzbaren Soldatinnen und Soldaten und gilt längstens bis zum 31. Januar 2017.

Am 12. Mai 2016 hat der Deutsche Bundestag einer weiteren Verlängerung des Mandats zur Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali zugestimmt. Die Mission, die im Februar 2013 zum ersten Mal eingesetzt wurde, hat das Ziel, die malischen Streitkräfte so auszubilden, dass sie selbst die Stabilität und Sicherheit in Mali gewährleisten können und damit zu einer Stabilisierung des Landes beitragen. Zudem werden Kenntnisse auf dem Gebiet der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts vermittelt. Dem neuen Mandat zufolge können die vorgesehenen Kräfte längstens bis zum 31. Mai 2017 eingesetzt werden. Die Mandatsobergrenze, die lediglich die theoretisch maximal einsetzbare Anzahl von Truppen widerspiegelt, liegt bei 300 Soldatinnen und Soldaten. Im April habe ich im Rahmen einer Delegationsreise die Soldatinnen und Soldaten vor Ort besucht, dazu findet ihr mehr unter Auslandsreisen.

Des Weiteren hat das Parlament auch der Fortsetzung der Bundeswehreinsätze im Kosovo und im Libanon zugestimmt. So wird die deutsche Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo (KFOR) ein weiteres Jahr fortgesetzt. KFOR sichert seit 1999 die Friedensregelung im Kosovo militärisch. Die Lage in der Republik Kosovo ist grundsätzlich ruhig und stabil, allerdings bleibt das Konflikt- und Eskalationspotenzial im kosovo-serbisch dominierten Norden des Landes weiterhin erheblich. Ein neues Konzept des NATO-Rats ermöglicht eine Anpassung der Truppenstärke, die flexibel an die Sicherheitslage angepasst werden kann. Die Personalobergrenze für die deutsche Beteiligung an KFOR verringert sich von 1.850 auf 1.350 Soldatinnen und Soldaten.

Ebenso wird die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) um ein Jahr bis zum 30. Juni 2017 verlängert. Die Region um Libanon, Israel und Syrien ist weiterhin politisch äußerst fragil und instabil. Regelmäßige militärische Übergriffe von beiden Seiten der israelisch-libanesischen Grenze, zeigen, dass die VN-Mission UNIFIL auch heute noch für die Aufrechterhaltung des Waffenstillstands elementar wichtig ist. Die Mission bleibt das einzige Forum des direkten Austauschs zwischen Libanon und Israel. Hinzu kommt die Bedrohung der libanesischen Sicherheit durch die Auswirkungen des Syrienkonflikts sowie das Erstarken der Terrororganisation Islamischer Staat in der Region. UNIFIL leistet durch seine Präsenz sowie die Entlastung der libanesischen Armee im Süden des Landes einen von allen Parteien in der Region geschätzten Beitrag zur Aufrechterhaltung der Stabilität im Libanon. Das deutsche UNIFIL-Mandat umfasst weiterhin die Sicherung der seeseitigen Grenzen und die Unterstützung der libanesischen Streitkräfte beim Aufbau von maritimen Fähigkeiten zur Kontrolle der Küstengewässer. Die personelle Obergrenze des Mandats bleibt bei 300 Soldatinnen und Soldaten.

In den letzten Monaten gab es, ausgelöst durch die vom Bundestag verabschiedete Resolution zum Völkermord an den Armeniern, große Irritationen zwischen der Türkei und Deutschland, vor allem was die in Incirlik stationierten Truppen angeht. Vor der Weigerung der Türkei, Abgeordnete zum Besuch auf dem Stützpunkt zuzulassen, hatte ich noch Gelegenheit, mich bei den Soldatinnen und Soldaten in Incirlik nach der Situation zu erkundigen. Kurz nach meinem Besuch unterband die türkische Regierung den Besuch von Abgeordneten. Auch dem Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium wurde eine Besuchserlaubnis nicht erteilt. Nur die Ministerin wurde zu einem Besuch in Incirlik zugelassen. Der Zustand, dass wir als Bundestagsabgeordnete nicht zu Einsatzorten der Bundeswehr reisen können, ist nicht haltbar, gerade weil es sich bei der Bundeswehr um eine Parlamentsarmee und bei der Türkei um einen NATO-Bündnispartner handelt. Meine Position dazu ist klar: Mit der Haltung, keine Besuche von Bundestagsabgeordneten bei den deutschen Soldaten in der Türkei zu erlauben, schwächt Erdogan das Bündnis im Kampf gegen den Terror des IS. Wir werden keine weiteren Mandate zur Stationierung der Bundeswehr erteilen, wenn die Türkei nicht einlenkt.

Die Truppe entlasten – Reduzierung der Auslandseinsätze und neue Ansätze für die Bundeswehr

All diese Auslandseinsätze und Mandate erfordern eine moderne und einsatzbereite Bundeswehr, die den Herausforderungen und Gegebenheiten der aktuellen Konflikte gewachsen ist. Trotz des großen und unermüdlichen Einsatzes der Soldatinnen und Soldaten, sowie allen zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundeswehr, kann man gravierende Defizite bei Personal, Ausstattung und Infrastruktur feststellen. Das hat zuletzt die Situation um den Airbus A400M gezeigt, von dem bis jetzt nur 3 Maschinen ausgeliefert wurden, die zudem Mängel aufwiesen und nicht die vollen militärischen Kapazitäten aufwiesen, die von Airbus versprochen worden waren. Das Verteidigungsministerium rechnet mit einer Verzögerung von 107 Monaten und Mehrkosten von 1,47 Milliarden Euro. Das sind 18 Prozent mehr als der ursprünglich veranschlagte Preis. Die Probleme stehen symptomatisch für Fehler in der Beschaffungspolitik und einen Sparkurs mit dem Rasenmäher. Dies hat auch der Bericht des Wehrbeauftragten für das Jahr 2015, der im Januar vorgestellt wurde, nochmals deutlich gemacht (abrufbar unter: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/072/1807250.pdf).

Prinzipiell begrüße ich die Ankündigung der Verteidigungsministerin zum Umsteuern der verfehlten Politik ihres Vorgängers. Zwei Jahre hat es gedauert, bis die starren Obergrenzen für die Ausstattung der Bundeswehr aufgegeben worden sind, zugunsten einer Ausstattung, die sich an den Aufgaben der Truppe orientiert. Dank dieser Zusage kann sich die Bundeswehr wieder auf die notwendige Einsatzfähigkeit konzentrieren. Dabei geht es nicht nur um die Auffüllung der Depots mit Großgeräten auf 100 Prozent, sondern vielmehr um die Beschaffung der vielen kleinen Ausrüstungsteile. Gerade das Fehlen von Nachtsichtgeräten, Schutzwesten, Schuhen und vielem mehr hat die Stimmung in der Truppe auf einen Tiefpunkt sinken lassen.

Dennoch habe ich Zweifel, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen reichen, um die gravierenden Mängel zu beseitigen. Mit Blick auf die notwendigen Investitionen hat die Verteidigungsministerin Ende Januar ein 130-Milliarden-Euro-Investitionspaket für die Bundeswehr bis 2030 angekündigt. Mit diesem Paket sollte die Truppe für ihre Aufgaben besser gerüstet werden. Dies alleine hätte einen jährlichen Zuwachs von über vier Milliarden bedeutet. Dazu kommen die anstehenden Überlegungen zur Beseitigung der gravierenden Engpässe im Personalbereich. Mit der jetzt für 2017 vorgeschlagenen Erhöhung von 1,7 Milliarden Euro ist kein ernsthafter Einstieg in die Mangelbeseitigung möglich, zumal davon auch noch die anstehende Erhöhung der Gehälter und Pensionen finanziert werden muss.

Beide Vorhaben, militärische Ausstattung wie Personal, entbinden die politische Spitze nicht von der Notwendigkeit, Fähigkeiten der Bundeswehr zu priorisieren und Strukturen anzupassen, wo es nötig ist. Genauso, wie es ein Fehler war, mit dem Rasenmäher in allen Bereichen ohne Analyse zu kürzen, wäre es nun ein Fehler, mit der Gießkanne alle Bereiche ein wenig zu fördern. Dies ist aus Sicht der SPD die Voraussetzung dafür, die notwendige Erhöhung der Finanzmittel für den Einzelplan 14 im Haushalt zukünftig mitzutragen.

Da die Finanzmittel nicht ausreichen, um alle Aufgaben gut erfüllen zu können, müssen Schwerpunkte mit dem Blick auf klügere Arbeitsteilung in den Bündnissen festgelegt werden. Die Ministerin muss dann Farbe bekennen, auf welche Fähigkeiten sie nicht verzichten kann und welche Fähigkeiten gegebenenfalls nachrangig sind.

Für eine nachhaltige Entwicklung und eine Priorisierung im Personalbereich haben wir in einem Positionspapier unsere Vorschläge für ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Personalmanagement bei der Bundeswehr dargelegt. Das Papier ist abrufbar unter: http://rainer-arnold.de/?file=tl_files/pdf/2016/20160317PosPapierPersonal.pdf.

Im Entwurf für das neue Bundeswehr-Weißbuch gab es einige Dinge, die wir nicht mitgemacht haben, etwa der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Man muss sich das klar machen: Erst spart die CDU die Bundeswehr fast zu Tode und dann sollen Soldaten für noch mehr zeit- und personalintensive Aufgaben, etwa den Objektschutz bereitstehen. Für solche Pläne findet die CDU keinen Partner. Deshalb sind solche Punkte im neuen Weißbuch auch auf unsere Weigerung hin nicht mehr zu finden. Nach der bisherigen Rechtslage leistet die Bundeswehr Amtshilfe im Inneren, im Katastrophenfall, bei schweren Anschlägen oder Katastrophen. Das soll sie auch tun. Aber die innere Sicherheit ist Sache der Polizei, zumal es aufgrund der angespannten Personalsituation der Bundeswehr sowieso nicht machbar wäre, ihr weitere Aufgaben zu übertragen. Deshalb ist es richtig, die Polizei personell so auszustatten, dass sie ihren Aufgaben gerecht wird. In Bezug auf die Zahl an internationalen Einsätzen sollten auch keine unrealistischen Anforderungen gestellt werden. Ich glaube, wir müssen Schwerpunkte bilden, insbesondere bei den Einsätzen für die Vereinten Nationen. Das tun wir gerade in Mali. Das halte ich für vernünftig. Wir können uns nicht verzetteln, dazu braucht man überall eine hohe Parallelität von Logistik und die ist im Augenblick so nicht verfügbar. Insgesamt nimmt das Weißbuch in der Tat sehr richtig die veränderte Situation mit einer vielschichtigen, unberechenbaren Sicherheitslage auf. Es beschreibt und analysiert die Situation treffend und konkret, auch was Cyber anbelangt, also Konflikte, die im Internet stattfinden. Jene hybriden Bedrohungen, die nicht mehr Soldatenheere, sondern Gesellschaften von innen heraus zu destabilisieren versuchen. Das sind alles wichtige Feststellungen, die die Konflikte des 21. Jahrhunderts prägen. In diesen Bereichen hat sich in den vergangenen 10 Jahren, seit dem letzten Weißbuch, sehr viel verändert und entwickelt. Diese Veränderungen anzunehmen und klar zu benennen ist sicher eines der Stärken des vorliegenden Weißbuchs.

Auf der anderen Seite wird meines Erachtens die Finanzierungsseite nicht nachhaltig und transparent dargestellt. Es wird nach wie vor so getan, als ob Deutschland das Nato-Ziel, zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für Verteidigung auszugeben, erreichen wollte und würde. Das ist nicht realistisch, denn davon sind wir meilenweit entfernt. Es ist meines Erachtens auch nicht sicherheitspolitisch notwendig, im Jahr statt jetzt 36 Milliarden fast 60 Milliarden Euro auszugeben. Wenn man dies nicht ehrlich benennt, führt das am Ende zu Fehlentwicklungen bei der Bundeswehr, weil man alles mit angezogener Handbremse zum Mittelmaß führt. Ich glaube, wir brauchen eine Debatte über Priorisierung. Wo wollen wir sein, was ist uns wichtig und wo gibt es Felder, die wir uns einfach nicht mehr leisten können? Diese Punkte kommen im Weißbuch eindeutig viel zu kurz, und darüber muss im

Parlament und auch im Ministerium gesprochen werden. Das Weißbuch in vollem Umfang kann man hier abrufen.

Neben einer guten Ausstattung, ausreichend Personal und guter Infrastruktur darf auch eine andere Realität nicht außer Acht gelassen werden: Wir brauchen eine kohärente und nachhaltige Cyber-Strategie für die Bundeswehr. Das Netz und der Cyberraum wird – neben den klassischen Bereichen Land, Luft, See und Weltraum – als neuer „Operationsraum" der Bundeswehr definiert. Für eine auf ihre Vertraulichkeit, Verlässlichkeit und Authentizität der IT-Systeme angewiesene digitale Gesellschaft wird die Cybersicherheitspolitik zu einer essenziellen Fragestellung. Mit dem Einsatz von Cyberfähigkeiten stellen sich zahlreiche technische, rechtliche – insbesondere völkerrechtliche – aber auch ethische Fragen, auf die es derzeit noch keine Antworten gibt. Dies betrifft die Auswirkungen der Digitalisierung auf die reale Einsatzumgebung, als auch neue Formen von Angriffen im digitalen Raum. Aus diesem Grund haben wir ein Strategiepapier erstellt, in dem die wichtigsten Punkte, die eine künftige Cyberstrategie umfassen sollte, dargestellt sind. Das Positionspapier ist abrufbar unter: http://rainer-arnold.de/tl_files/pdf/2016/20160426_AGSV_Cyberpolitik.pdf.

Aus dem Wahlkreis.....

Werner-Weinmann-Preis 2016 für „Zusammen stark!“

Das Ehrenamtsprojekt „Zusammen stark!“ wird vom Sozialamt, dem Stadtseniorenrat und weiteren Kooperationspartnern durchgeführt und bietet verschiedene Veranstaltungen an, die ältere und junge Menschen zusammenführen soll. Für die Leistung, die Generationen zusammen zu bringen und den Austausch zwischen Jung und Alt zu stärken, wurde den Verantwortlichen in diesem Jahr der Werner-Weinmann-Preis verliehen. Besonders weil heutzutage die räumliche Entfernung zwischen verschiedenen Generationen größer ist und sich das Familienmodell im Wandel befindet, sind Projekte wie jenes in Leinfelden wichtig, um Menschen verschiedenen Alters zusammen zu bringen und das gegenseitige Verständnis zu stärken. Das Engagement der Beteiligten bei „Zusammen stark!“ hat uns im Stiftungsrat nachhaltig überzeugt.

Bei der Preisverleihung stellten die drei Projektpatinnen ihre Aktionen vor. Ob virtuelles Bowling auf der Spielkonsole, vergessene Dinge von früher Kindern näher bringen oder generationenübergreifendes kochen – immer sind die Engagierten von „Zusammen stark!“ mit Enthusiasmus und Herzblut bei der Sache. Auch in diesem Jahr sind wieder Aktionen geplant, unter anderem ein „Pro-Aging“ Projekt, bei denen Schülern mittels eines Anzuges die körperlichen Einschränkungen des Alters aufgezeigt werden. Im Festvortrag ging Eckard Rahlenbeck, Autor, Journalist und Mitglied des Stiftungsrates, auf die zunehmende Entfremdung der Menschen durch verändertes Kommunikationsverhalten ein. „Streicheleinheiten bekommt heute jedoch das Smartphone und nicht die Hand des liebenden Nachbarn oder Partners“. Gerade deshalb sei die Auszeichnung eines Projektes wie „Zusammen stark!“ so wichtig, denn die „Ehrung dieses Projektes heute ist eine ermutigende Antwort auf die um sich greifende Deformation des öffentlichen Umgangs miteinander“.

Als Vorsitzender der WWS freue ich mich, dass wir auch in diesem Jahr mit der Werner-Weimann-Stiftung wichtiges zivilgesellschaftliches Engagement auf den Fildern auszeichnen und auch finanziell unterstützen konnten. Den Aktiven von „Zusammen stark!“ wünschen wir auch in diesem Jahr eine erfolgreiche Arbeit.

Schon jetzt schreiben wir den Werner-Weinmann-Preis 2017 aus. Bewerbungen sind noch bis Ende des Jahres 2016 möglich. Bewerbungsunterlagen gehen an die Werner-Weinmann-Stiftung, c/o Rainer Arnold MdB, Gerberstr. 4, 72622 Nürtingen.

<u>Diskussionsforum der IG Metall Esslingen</u>

Zum Thema Rüstungsexporte war ich in Nürtingen bei der IG Metall. Neben mir war Jürgen Grässlin auf dem Podium, wir haben ausführlich und kontrovers diskutiert. Wir brauchen eine restriktive Exportpolitik bei Rüstungsgütern - aber wir brauchen auch bei uns entsprechende Fähigkeiten, damit wir in Sachen Rüstungsgütern nicht zu reinen Einkäufern in den USA werden. Auch sind im Ausnahmefall Waffenlieferungen in Krisengebiete, wie an die Peschmerga zur Verteidigung gegen den IS, notwendig und richtig.

<u>Tag der Arbeit</u>

Wie jedes Jahr am ersten Mai gab es zwei DGB-Kundgebungen im Wahlkreis. Am Vormittag in Nürtingen und am Nachmittag in Kirchheim unter Teck . Mit dabei waren MdL Andreas Kenner, Marianne Gmelin und Martin Mendler.

<u>Interkulturelles Familienfest</u>

Mit Cornelia Olbrich und Walter Bauer war ich bei der Eröffnung des 5. Interkulturellen Familienfestes. Auch wenn das Wetter nicht ganz mitgespielt hat, war es ein mit viel Aufwand vorbereitetes Fest - danke an alle engagierten Filderstädter!

<u>70 Jahre SPD-Mitgliedschaft</u>

Ich durfte heute eine seltene Ehrung vornehmen. Irma Nagel ist auf den Tag genau 70 Jahre Mitglied der SPD. Die Tageszeitung und alle "SPD-Blättla" finden nach wie vor ihr tägliches Interesse. Danke Irma für Deine besondere Treue und Standfestigkeit.

Lesetag in der Stadtbücherei Nürtingen

Ende April hatte ich einen besonders angenehmen Termin in der Stadtbücherei Nürtingen: Eine Vorlesestunde für Kinder und die anschließende Übergabe der Lesestart-Sets an die Kleinen. Man kann nicht früh genug beginnen, die Freude an Büchern zu wecken. Deswegen unterstütze ich die Initiative „Lesestart" des Bildungsministeriums mit Aktionen wie diesen. Vorgelesen habe ich übrigens die Geschichten „Wo ist Karlchen?" und „Henriette Bimmelbahn", sehr zur Begeisterung meiner jungen Zuhörer.

Brezelmarkt Altenriet

Alle Jahre wieder SPD-Stammtisch am Palmsonntag mit dem ersten Festbier des Jahres beim traditionellen Brezelmarkt in Altenriet. Natürlich habe ich mir auch in diesem Jahr diese Altenrieter Tradition nicht entgehen lassen und war mit Hans Georg Kruse, Harald Barral und weiteren Genossen im Festzelt.

Auslandsreisen

In der Ägäis und der Türkei (Mai 2016)

Gemeinsam mit anderen Abgeordneten des Deutschen Bundestages besuchte Rainer Arnold die Deutschen Soldaten in der Ägäis und auf dem NATO-Stützpunkt Incirlik in der Türkei.

In der Ägäis ist die Marine mit NATO-Partnern im Aufklärungseinsatz, um Schlepper abzuschrecken. Bei den Gesprächen wurde auch deutlich, dass die Abläufe in Griechenland im Zusammenhang mit dem Flüchtlingszustrom mittlerweile insgesamt deutlich besser strukturiert und organisiert sind. Die Abstimmung der Beteiligten funktioniert gut.

Im Anschluss ging es zum NATO-Stützpunkt Incirlik in der Türkei. Hier sind die Tornados der Luftwaffe stationiert, die sich mit Aufklärungsflügen an dem Einsatz in Syrien beteiligen. Vor der Weigerung der Türkei, Abgeordnete zum Besuch auf dem Stützpunkt zuzulassen, hatte ich noch Gelegenheit, mich bei den Soldatinnen und Soldaten in Incirlik nach der Situation zu erkundigen. Bei den Gesprächen mit den Soldatinnen und Soldaten wurden auch ein paar Punkte angesprochen, die wir nun in Berlin im Sinne der dort stationierten Soldatinnen und Soldaten lösen wollen.

Delegationsreise nach Mali (April 2016)

Gemeinsam mit der Verteidigungsministerin und den Obleuten des Verteidigungsausschusses des Bundestags besuchte ich die beiden Missionen in Mali, an denen deutsche Soldaten beteiligt sind. Das betrifft sowohl die Ausbildungsmission im Süden Malis als auch die UN-Mission im instabileren Norden. Diese Mission unterstützt die Umsetzung des Friedensabkommens. Vor Ort fanden Gespräche mit den Deutschen Soldatinnen und Soldaten statt, die die Malischen Streitkräfte ausbilden. Ebenso tauschte man sich mit Mitgliedern der Malischen Regierung und des Militärs aus.

Danach ging es von Bamako nach Gao zur Mission der VN. Die ersten deutschen Soldaten haben dort im Kontingent der Niederländer ihre Arbeit aufgenommen um mitzuhelfen, den Friedensvertrag und seine Regeln zum Tragen zu bringen. Hintergrund des Besuches war vor allem die Ausweitung der Deutschen Ausbildungsmission auch auf den Norden des Landes.

Reise zu Gesprächen nach Washington und New York (März 2016)

Im März 2016 war ich gemeinsam mit anderen SPD-Abgeordneten zu Gesprächen in Washington und New York. Neben der allgemeinen sicherheitspolitischen Partnerschaft zwischen Deutschland und den USA war vor allem die Situation in verschiedenen afrikanischen Staaten Thema. Auch angesprochen wurde die Lage in Syrien, Afghanistan sowie der Ukraine.

Reise zu Gesprächen in London (Januar 2016)

Im Januar 2016 war waren Gabi Weber und Fritz Felgentreu zusammen mit mir zu Gesprächen in London. Wir trafen Britische Parlamentarier und deutsche Stabsstellen bei den britischen Streitkräften. Thematisch ging es um das inzwischen veröffentlichte Weißbuch und die Zukunft einer verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet Außen- und Sicherheitspolitik. Auch zur Sprache kam die Abstimmung der Briten über den Verbleib in der Europäischen Union, deren Ergebnis wir nun kennen.

Berlinfahrt Februar 2016

Auch in diesem Februar gab es für ehrenamtliche aktive Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Nürtingen wieder die Möglichkeit, eine Informationsreise nach Berlin mit zu machen und Politik vor Ort zu erleben. Wie immer wurde die Reise vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert. Auf dem Programm standen Sehenswürdigkeiten und Informationsstätten der politischen Geschichte wie zum Beispiel die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Ebenso kam aber die aktuelle Politik nicht zu kurz, wie beim Besuch der Landesvertretung Baden-Württemberg oder im Verteidigungsministerium. Natürlich wurde auch der Bundestag besucht und das Reichstagsgebäude besichtigt. Dort fand auch mein Gespräch mit der Gruppe statt. Im Fokus des Gespräches stand die Flüchtlingspolitik, es wurde aber auch über andere aktuelle Themen wie TTIP diskutiert.

Vorankündigungen

Sommerferienprogramm im August 2016 – Ausflug zum Atomkellermuseum in Haigerloch

Zu einem Ausflug in die Weltgeschichte vor unserer Haustür laden die SPD Wolfschlugen, die AG60Plus des SPD-Kreisverbandes Esslingen in Kooperation mit mir ein. Denn nicht nur in den großen Städten unserer Region wurde Wissenschaftsgeschichte geschrieben, sondern auch im sonst so beschaulichen Haigerloch. Wegen der Bombardierung Berlins verlegten die Kernphysiker um Professor Heisenberg und Professor von Weizsäcker ihren Versuchsreaktor 1944 in den ehemaligen Bierkeller des Schwanenwirts, der damals zum Höhlenforschungslabor umgebaut wurde. Unter den Muschelkalk-Felsen fand der letzte Großversuch des Uranprojekts statt, bei dem eine nukleare Kettenreaktion durch Neutronenbeschuss von Uran in schwerem Wasser herbeigeführt und beobachtet wurde. Beim Ausflug nach Haigerloch soll diese interessante Geschichte bei der Besichtigung des Atomkeller-Museums erzählt werden. Nach einer Führung im Museum gibt es Gelegenheit zum Gespräch mir, bei dem es um die Gefahr atomarer Waffen, das Ziel einer verbesserten Rüstungskontrolle und den deutschen Ausstieg aus der Kernenergie gehen soll. Im Anschluss folgt ein Vesper in einem Haigerlocher Lokal. Die Hin- und Rückfahrt erfolgt mit einem Bus, der in Esslingen und Wolfschlugen, hält. In Esslingen fährt der Bus um 9.15 am Bahnhof (Altes Zollamt) los, um 9.45 Uhr ist er am Rathaus in Wolfschlugen. Der Unkostenbeitrag beträgt 15 Euro pro Person und beinhaltet die Hin- und Rückfahrt, den Eintritt in das Museum und die Gebühr für die Museumsführung. Anmelden können sich Interessierte in meinem Wahlkreisbüro unter 07022/211920 oder rainer.arnold.wk02@bundestag.de.

Die SPD Wolfschlugen, die AG60Plus und ich würden uns freuen, viele von Euch auf diesem Ausflug in die Historie begrüßen zu dürfen.

Termine zum Vormerken

Datum	Zeit	Was	Ort
Mo, 29.08.2016	10:00 Uhr	Sommerferienprogramm – Besichtigung Atomkeller Haigerloch Infos und Anmeldung beim Wahlkreisbüro	Rathaus Wolfschlugen
Fr, 28.10.16	19:00 Uhr	Fraktion vor Ort mit Martin Rosemann	wird noch bekannt gegeben
Sa, 10.09.2016	10:00 Uhr	Sommerfest SPD Nürtingen	Platz zwischen Volksbank und NC

Interessante Presseartikel & Links

Diskussionsrunde des Deutschlandfunk zur Personalpolitik bei der Bundeswehr: http://www.deutschlandfunk.de/mehr-personal-fuer-die-truppe-trendwende-bei-der-bundeswehr.2011.de.html?dram%3Aarticle_id=353844

Namensartikel von Rainer Arnold und Lars Klingenbeil zu den Herausforderungen digitaler Konflikte: http://www.rainer-arnold.de/index.php/presse.html?file=tl_files%2Fpms%2FArtikel%2F2016%2FCyberkrieg_FAZ_100516.pdf

Neujahrsgespräch mit der Nürtinger Zeitung: http://rainer-arnold.de/index.php/presse.html?page=2&file=tl_files/pdf/2016/PressegespraechNTZ07012016.pdf

Interview mit Björn Engholm in der Welt: http://www.welt.de/politik/deutschland/article155304789/SPD-muss-links-der-Mitte-ein-Bollwerk-aufbauen.html

Russisches Zeitspiel? Rainer Arnold zur Lage in Syrien im Reutlinger Generealanzeiger: http://rainer-arnold.de/index.php/presse.html?page=2&file=tl_files/pms/Artikel/2016/15%2002%202016%20gea%20ges%20politik%203.pdf

"Damit muss Russland sich nicht gefährdet fühlen." Rainer Arnold zu US Truppen in Osteuropa. (Deutschlandfunk): http://www.deutschlandfunk.de/us-truppen-in-osteuropa-damit-muss-russland-sich-nicht.694.de.html?dram:article_id=349869

SPD fordert weniger Einsätze der Bundeswehr im Ausland (Stuttgarter Nachrichten): http://rainer-arnold.de/index.php/presse.html?file=tl_files/pms/Artikel/2016/StN_Bundeswehr_Arnold_160510%20001.jpg

Interview im Bundestag: Rainer Arnold und Wolfgang Gehrcke im Gespräch am 14.01.2016 (Phoenix): https://www.youtube.com/watch?v=NWcC-BLSmaQ

"Man hat in den letzten Jahren teilweise mit dem Rasenmäher gespart" – Interview von Rainer Arnold mit dem Deutschland-Funk zum Thema Sicherheit in Deutschland: http://www.deutschlandfunk.de/sicherheit-in-deutschland-man-hat-in-den-letzten-jahren.694.de.html?dram:article_id=344424

Rainer Arnold zur sicherheitspolitischen Lage in Europa in „Die Bundeswehr": http://rainer-arnold.de/index.php/sicherheitspolitik.html?file=tl_files/pms/Artikel/2016/Rainer%20Arnold_Die_Bundeswehr_Mai2016.pdf

„Mach's noch einmal, Ministerin!" – Artikel in der Welt zu Zukunftsperspektive von Ministerin von der Leyen: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article155344820/Machs-noch-einmal-Ministerin.html

"Krisen, Krieg und Flucht - Europas Außen- und Sicherheitspolitik in unruhiger Zeit" – Diskussionsrunde „Unter den Linden" mit Jan von Aken und Rainer Arnold (Phoenix): http://www.phoenix.de/content/phoenix/die_sendungen/diskussionen/1094171

"Bundeswehr braucht Schwerpunkte" – Interview mit Rainer Arnold MdB zum Weißbuch der Bundeswehr (DeutscheWelle): http://www.dw.com/de/arnold-bundeswehr-braucht-schwer-punkte/a-19397336

„Streit mit der Türkei droht zu eskalieren" - Abgeordnete pochen auf Besuch der deutschen Anti-IS Truppen (Stuttgarter Zeitung): http://www.rainer-arnold.de/index.php/presse.html?file=tl_files/pms/Artikel/2016/RA_Incirlik_StZ_160713.jpg

„Säbelrassen oder nötige Abschreckung - Was halten Sie von der neuen Nato-Strategie?" – Rainer Arnold im Bayern 2 Tagesgespräch zusammen mit Harald Kujat (Bayern 2): http://cdn-storage.br.de/iLCpbHJGNL9zu6i6NL97bmWH_-by/_-0S/9A8H52Fy/160711_1200_Tagesgespraech_NATO-Strategie.mp3

„Erdogan muss seine Politik überdenken" – Rainer Arnold im Interview zu den Anschlägen in Istanbul (RBB Inforadio): http://www.presseportal.de/pm/51580/3366118

Erwartungen an den NATO-Gipfel in Warschau – Kommentar von Rainer Arnold (Zeitschrift „Die Bundeswehr"): http://www.rainer-arnold.de/index.php/presse.html?file=tl_files/pms/Artikel/2016/Rainer%20Arnold_Die_Bundeswehr_Mai2016.pdf

Parlamentsrede zur parlamentarischen Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte (Deutscher Bundestag Mediathek): http://dbtg.tv/fvid/6483332

Parlamentsrede am zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte in Mali (Deutscher Bundestag Mediathek): http://dbtg.tv/fvid/6420076

Parlamentsrede von Rainer Arnold MdB bei der Beratung des Bundestags zum Einsatz der Bundeswehr in der EU-Operation EUNAVFOR MED (Deutscher Bundestag Mediathek): http://dbtg.tv/fvid/6969839

"Großbritanniens Beitrag wird uns fehlen" – Interview mit Rainer Arnold zur EU-Verteidigungspolitik nach dem Brexit (Deutschlandfunk): http://www.deutschlandfunk.de/eu-verteidigungspolitik-grossbritanniens-beitrag-wird-uns.694.de.html?dram:article_id=358601

„Aufbruch, jetzt! – Europa nach dem britischen Referendum" – Namensbeitrag von Sigmar Gabriel und Martin Schulz: https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/aufbruch-jetzt/23/6/2016/

Beschlüsse des SPD-Parteikonvent 2016: https://www.spd.de/partei/parteikonvent-2016/

Informationen zum Programmprozess der SPD: https://www.spd.de/partei/sicher-gerecht-weltoffen/

Podcast Rainer Arnold zu Leiharbeit und Werkverträgen: https://www.youtube.com/watch?v=7wUWx7zn5k8&feature=youtu.be

---

Die wahlkreis-rundschau 2/2016 erscheint vermutlich im September 2016.